

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Volkes und Kleinrenten Reich, Dreißiger, für die Anzeigen Rudolf Roganetz, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Poltender, Leipzig. — Verl. der Volkstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königl. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2,70 M. ohne Befehlsgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: Die Tages-Kolonnen je 20 Pfennig, Sonntags- u. auswärts 25 Pfennig, im Restamt je 70 Pfennig. Verlags-Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 288.

Halle, Montag den 18. November 1918.

2. Jahrgang.

## Vollziehende Gewalt und Nationalversammlung.

Die Wahlen zur Nationalversammlung am 2. Februar 1919.

Ueber das staatsrechtliche Verhältnis, das augenblicklich besteht, wird von autoritativer Seite folgendes mitgeteilt: Die großen Umwälzungen, die am 9. Nov. ihren Anfang nahmen, sind von den Arbeitern und Soldaten herbeigeführt. Der Begriff der öffentlichen Ordnung und die Notwendigkeit, die Wohlthat aller zu wahren, hat aber zur Voraussetzung, daß die vollziehende Gewalt nur von einer Stelle ausgeht. Das sind die Volksbeauftragten. Gewisse Schwierigkeiten liegen augenblicklich noch darin, daß die Arbeiter- und Soldatenräte noch keine dirigierende Spitze haben. Diese muß geschaffen werden. Ist sie da, dann werden auch in dem Zusammenarbeiten der Fraktionen alle Schwierigkeiten ausgeräumt sein.

Ueber die verfassunggebende Nationalversammlung ist zu sagen, daß kein einziger Volksbeauftragter in der Regierung sitzt, der die Wahlen zu dieser Versammlung auch nur um einen Augenblick länger hinauschieben möchte, als es nötig ist. Aber es ist zu berücksichtigen, daß umfangreiche Vorbereitungen notwendig sind. Nach dem Reichstagswahlrecht konnten diese Wahlen unmöglich vorgezogen werden. Es muß eine neue Wahlordnung geschaffen werden, was selbst dann nur langsam geschehen kann, wenn Tag und Nacht gearbeitet wird. Auch die Soldaten müssen wählen können. Das ist natürlich nur möglich, wenn sie entweder an der Front oder zu Hause sind. Alle diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden, aber sobald sie überwunden sind, kommt es zur Wahl.

Wie bereits mitgeteilt, ist der Entwurf des Wahlgesetzes vom Reichamt des Innern ausgearbeitet worden. Er sollte am Sonnabend fertiggestellt sein. Mit dem preussischen Minister des Innern ist eine Verabredung dahin getroffen worden, daß der Entwurf auch gleichzeitig für die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung Geltung haben soll. Nach neuerer Meldung ist der Entwurf bereits am Sonnabend nachmittag von der Reichsregierung durchgesehen worden, doch ist es nicht unmöglich, daß diese noch größere Abänderungen an ihm vornimmt. Als Termin für die Auflegung der Wahllisten wird der 2. Jan. 1919, als Wahltag der 2. Februar genannt.

### Nicht Kommune, sondern Einheits-Republik!

Die revolutionäre Bewegung ist mit elementarer Gewalt in einzelnen Orten, lokal, entstanden. Aus diesem Grunde war es natürlich, daß zunächst als Ausdruck der Revolution lokale revolutionäre Instanzen mit umfassender Revolutionskompetenz entstanden. Je mehr sich die revolutionäre Bewegung ausbreitet und konsolidiert, hat es sich gezeigt, daß das ganze Deutschland einheitlich von revolutionärem Geist und von revolutionärer Kraft befeuert wird. Das zentrale Stützglied dieser revolutionären Bewegung in Deutschland darf dann keinen Ausdruck in den Volksräten der Arbeiter- und Soldatenräte und in der Reichsregierung, den Räten der Volksbeauftragten, gefunden. Diese Stellen sind nicht nur der Form nach, sondern auch dem Inhalt nach der höchste Ausdruck der deutschen Revolution und der deutschen Volksrepublik. Sie müssen immer mehr ausgebaut, gefestigt und in ihren Aufgaben und Mitteln immer mehr anerkannt werden. Die deutsche Volksrepublik muß einheitlich geleitet werden, wenn sie bestehen und wirken soll. Der einheitliche Gehalt einer höheren politischen und wirtschaftlichen Ordnung der Dinge legt ebenfalls eine zentrale Organisation voraus.

Die Notwendigkeit zentraler Regierung bei den Arbeitern- und Soldatenräten wie bei der politischen Leitung kann nicht mehr eine Frage der Diskussion sein, sondern ist durch die Wahl des Volksrates und der Reichsregierung eine vollendete Tatsache. Wer ihr widerstrebt und widerstrebt, wer sie durch lokale Eingriffe in die Maßnahmen dieser Zentralstellen stört, gefährdet geradezu die deutsche Volksrepublik.

Es mag sein, daß manche Sandlung der Zentralstellen revidiert werden muß, daß manche ihrer Maßnahmen nicht vollkommen sind. Zuerst muß sich aber den Zentralstellen jede lokale Instanz und jeder einzelne Revolutionär unterordnen. Ohne Disziplin und Unterordnung ist die Vollziehung der Revolution unmöglich. Die Revolution aller Bevölkerungsklassen, die verheißt hat, müssen, geben die Gewähr, Unruhe auszulassen. Gutes durch Befehlen zu erlangen. Das kann jedem zur Beruhigung dienen, der sich in einem bestimmten Falle nur mit innerem Widerstand

einer von den Zentralstellen verfügten Maßnahme unterordnet. Im Interesse der Revolution und der Volksregierung aber muß sich jeder gute Revolutionär, der auf Organisation und revolutionäre Kraft und Wirkung etwas hält, einem einmal gefassten Beschluß unterordnen, und ihm mit aller Energie ausführen helfen. Nur durch einheitliches Handeln kann der Sieg der Revolution gesichert bleiben.

### Scheidemann über die politische Lage.

Ueber die Wahlen zur Nationalversammlung schreibt Scheidemann im Vorwärts: Die vernünftigen Elemente des Bürgertums haben sich in überwiegender Mehrheit auf den Boden der Neugeschaffenen gestellt und suchen jetzt nach parteipolitischen Formen, um es zu festigen und zu erhalten. Man geht sich in der Annahme, die Nationalversammlung habe zum größten Teil die Aufgabe, eine Art amtliches Siegel unter die neuen Verhältnisse zu drücken. Die Nationalversammlung wird die nicht geringere Aufgabe haben, innerhalb des neugeschaffenen Grundrisses das Haus aufzubauen, auszugestalten und herzustellen. Sie muß die neue deutsche Republik nicht außen hin verhandlungsfähig und nach innen nach der wirtschaftlichen Seite gefestigt machen. Es ist zu hoffen, daß schon die allernächsten Wochen den Präliminarien bringen werden, der ebenso wie der Wahlverfassung eine vorläufige Regelung bedeutet. Den eingehenden Forderungen aber, der zugleich die Umstellung unserer Geschäftsbeziehungen zu unseren historischen Gegnern und unsere Wiedererichtung in den Weltmarkt und Weltfrieden bringen soll, wird die Entzweiung mit einem konföderierten Deutschland obliegen.

Scheidemann schließt seinen Artikel so: Rein politische und kein wirtschaftliche Gebahren ohne Nationalversammlung! Das muß die Parole für die Reichsleitung sein. Für die sozialdemokratische Partei geht es, zu einem Wahlkampf zu rufen, wie er selbstevident nicht zum dogmatischen ist. Mehr Wochen sind eine kurze Zeit, da darf keine Stunde verloren werden. Eine Gefährdung wird fallen, die nicht geringere geschäftliche Bedeutung besitzen wird, als die Gefährdung des Schicksals. Alles, was in unserer Partei an Opfermut und Kampfeslust lebt, alle geistigen und materiellen Kräfte müssen angespannt werden, bis aufs letzte, damit der Sieg unser bleibt!

Dem Vorwärts zufolge wird der Beginn der Verhandlungen über den Präliminarien in nächster Zeit, jedoch kaum vor Ende dieses Monats, zu erwarten sein. Es werden in Paris oder Versailles stattfinden und sollen Ende Januar beendet sein. In den eigentlichen Friedensverhandlungen wird ein Apparat von vielen hundert Delegierten aufgestellt werden.

### Edward Bernstein über die Revolution.

In der Überzeugung der Freiheit schreibt Ed. Bernstein die Revolution übernimmt ein herrliches Erbe. Sie hat gewaltige Arbeit zu verrichten, die größte Umwälzung und Festigkeit verlangt, damit die wirtschaftliche Lage nicht verelendert wird. Die Verfestigung kann aber nur vermieden werden, wenn die Volkswirtschaft so wenig wie möglich in ihrem Gange gehindert wird, das heißt, wenn die Bedingungen erfüllt sind, unter denen das moderne, soweit verwehrt und feingebildete volkswirtschaftliche Leben gelte und funktionieren kann. Das schließt radikale Maßnahmen auf volkswirtschaftlichem Gebiet nicht aus. Ohne sie würde der Prozeß der allmählichen Vergeistlichung der großen Unternehmungen in Konterrevolution, Industrie, Handel und Verkehr ja nicht bewerkstelligt werden können. Nicht das radikale ist hier das Schädliche, nicht aber das unangenehm-brutale Eingreifen in das Wirtschaftliche. Das nun hat man offensichtlich auf allen Seiten begriffen, und es ist ein heilsames Bewußtsein für den erfolgreichen Verlauf dieser neuen Revolution. Wir sind uns der Größe der Aufgaben, die vor uns stehen, wohl bewußt. Wir wissen, daß ihre Verrichtung nicht das Werk eines Tages sein kann, daß jeder große Schritt sorgfältig überlegt sein muß. Wir brauchen gleichzeitig Klugheit und Beharrlichkeit. Auf keinem Gebiete mehr als eben in der Volkswirtschaft. Für heute soll die Letzte festgelegt werden, daß die Revolution des Proletariats in diesem Sinne an die Aufgaben herantritt, die Volkswirtschaft auf allen Gebieten des politischen Bewusstseins so zu entwickeln, daß größerer Wohlstand und mehr Freiheit das Endresultat sein werden.

### Die Gründung einer demokratischen Partei.

Das Berliner Tageblatt veröffentlicht einen Aufruf zur Gründung einer großen demokratischen Partei. Unter den Unterzeichnern des Aufrufs befindet sich auch der Geh. Justizrat Johannes Zund, der bisherige Reichstagsabgeordnete für Leipzig-Stadt. Der wesentliche Inhalt des Aufrufs ist der folgende:

Am 9. November sind auch die alten Parteiformen zerbrochen. Die lange politisch gebildeten Parteiprogramme sind bedeutungslos geworden. Wir wünschen die Vereinigung aller bisherigen Kräfte, der Männer und Frauen, die heute nicht in Unfähigkeit verharren, sondern die neugeschaffenen Aufgaben anerkennen und sie wohl zu lösen betonen wollen. Was aus solcher Vereinigung herzuwachsen muß, ist eine

große demokratische Partei für das ganze Reich. Wir stellen heute kein Programm auf, aber durch gemeinsame Überlegungen müssen diejenigen, die sich uns anschließen wollen, werden sein. Der erste Grundgedanke ist, daß wir uns auf den Boden der republikanischen Staatsform stellen, die bei den Wahlen vertreten und den neuen Staat gegen jede Reaktion verteidigen wollen, daß aber eine unter allen Umständen gewählte Nationalversammlung die notwendigen Schritte über die Verfassung treffen muß. Der zweite Grundgedanke ist, daß wir die Freiheit nicht von der Drückung der Gesetzlosigkeit und der politischen Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen zu trennen vermögen, und daß wir jeden bolschewistischen, reaktionären oder sonstigen Terror bekämpfen, dessen Sieg nichts anderes bedeuten würde, als grauenvolles Elend und die Feindschaft der gegen sich gegliederten vom Reichsgedanken erfüllten Welt.

Die Zeit erfordert die Schaffung einer neuen sozialen und wirtschaftlichen Politik. Sie erfordert für monopollistischerweise Wirtschaft die Idee der Sozialisierung aufzunehmen, die Streikmaßnahmen aufzuheben und zur Einschränkung des Großgrundbesitzes zu streben, damit das Bauerntum gestärkt und vermehrt werden kann. Vorwiegend sind Härte Schaffung des Kriegsgewinnes, einmalige progressives Vermögenswachstum, andere Vorgehensmaßnahmen, geistliche Garantierung der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenrechte, Sicherung der Ansprüche der Kriegsteilnehmer, ihrer Witwen und Waisen, Erhaltung der selbständigen Mittelklasse, Freiheit für den Aufstieg der Tätigen und die internationale Durchführung eines sozialpolitischen Mindestprogramms. Wir werden den selbständigen, über den Fortschritt hinaus und sind überzeugt, daß alle Städte, Arbeiter und Bauern, sich nur dann werden emporklimmen können, wenn man die deutsche Wirtschaftspolitik vor bolschewistischen und bürokratischen Experimenten bewahrt.

Es ist kein Geheimnis mehr, daß gleichlaufende Bewegungen auch anderwärts im Vortritt zu bestehen. Das einheitliche Verhalten der Führer der Leipziger Unabhängigen Sozialisten, die die Diktatur des Proletariats bis zur völligen Sozialisierung befürworten und jedermann von der Pflicht zum Kampf aufzufordern, haben Raum in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sofern es ihnen Ernst ist mit der Freisage der bisherigen Klassenherrschaft, die ihnen die wirtschaftliche Macht, der Besitz der Produktionsmittel, in die Hand gab.

Unweifellos gibt es zahlreiche bürgerliche Intellektuelle, die nach der politischen Umwälzung nichts mehr von uns trennt. Sie nimmend auch für den formellen Anschluß an unsere Partei zu gewinnen, ist auch eine Aufgabe dieser großen Zeit!

### An alle Eisenbahnbeamten und -Arbeiter!

Den Eisenbahnbeamten und Staatsarbeitern ist das Recht unbeschänkter Solidarität gewährt. Es ist daher jeder Versuch zu unterlassen, zugunsten einzelner Verdienste gewalttätig und mit Drohungen Zwangsmaßnahmen zu machen.

Berlin, den 18. November 1918.

Die preussische Regierung.

### An alle Staats- und Kommunalbehörden.

1. Die Kosten, welche durch eine angemessene Entschädigung der Mitglieder der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte für ihre Reiseauslagen entstehen, sind von derjenigen Stelle zu tragen, bei welcher der Fall seine Entstehung auslöst. Danach sind bei den Staatsbehörden auf staatliche Fonds (Geschäftsverteilungsfonds) bei Kommunalbehörden auf kommunale Fonds zu übernehmen. Erfolgt sich die Erfüllung eines Falles durch auf staatliche oder kommunale Behörden, so sind die Kosten angemessen zu verteilen.





# Ruhe und Ordnung!

**Eine politische Umbildung ist begangen!**

**Alle Aenderungen können nur allmählich durchgeführt werden!**

Zunächst sind in allen großen Orten des Korpsbezirkes Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Als Vertreter des werktätigen Volkes und der Soldaten bei Ausübung der Militär- und Zivilgewalt sind

**den bestehenden Militär- und Zivilbehörden für die Fortführung der Militär- und Zivilverwaltung mitbestimmend und mitverantwortlich zur Seite getreten.**

Gemeinsame Aufgabe aller Zivil- und Militärbehörden und aller Arbeiter- und Soldatenräte ist

## Ruhe und festes Zusammenarbeiten

mit dem einen Ziel, Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.

Alle Verordnungen über die Lebensmittelversorgung bleiben in Kraft. Jedermann hat an der Durchführung der Volks- und Heeresversorgung mitzuarbeiten, um das Volk vor Hungersnot zu bewahren.

Strengste Selbstzucht muß geübt werden. Die Nationierung der Lebensmittel muß beachtet werden. Keiner darf von anderen dulden, daß er durch strafbare Handlungen die Volksernährung gefährdet.

Die Demobilmachung bringt große Mengen Soldaten in die Heimat zurück. Unterstütze jeder werktätig die Militär- und Zivilbehörden in ihrer pflichtmäßigen Fürsorge, Aufnahme, Verpflegung und Unterbringung derselben.

Probiantämter, Lebensmittellager, Mühlen, Magazine, große Güter usw. müssen durch Stellung von Bürger- und Militärwachen vor Plünderung und Raub geschützt werden.

**Volk und Heer können die jetzige schwere Zeit nur überwinden, wenn jedermann in Zivil und Uniform freiwillig streng seine Pflicht tut.**

Magdeburg, 14. November 1918.

**Der Arbeiter- und Soldatenrat Magdeburgs**

Brandes, Wittmaack, Pinthus.

**Der Oberpräsident der Provinz Sachsen**

v. d. Schulenburg.

**Der stellv. komm. General des IV. A.-K.**

v. Werder, General der Kavallerie z. D.

